

Abstract Forschungspapier:

An Frauen erinnern. Zum Potential von Geschichtspolitik im öffentlichen Raum.

Angelika Gabauer (angelika.gabauer@skuor.tuwien.ac.at) und Robert Leonhardt (robert.leonhardt@univie.ac.at)

In Wien sind rund 90 Prozent aller Verkehrsflächen, die nach Personen benannt sind, Männern gewidmet.¹ Seit den letzten Jahren wird von der Wiener Stadtregierung verstärkt versucht dem Ungleichgewicht bei personenbezogenen Verkehrsflächenbenennungen entgegen zu wirken. In dem rot-grünen Regierungsübereinkommen 2015 wird der Sichtbarmachung von Frauen im öffentlichen Raum große Wichtigkeit zuerkannt und dessen stetige Weiterverfolgung proklamiert.²

Die Benennung von Verkehrsflächen nach Personen und (Opfer-)Gruppen kann als ein erinnerungspolitisches Instrument für die Thematisierung von Verfolgung und Widerstand im Austrofaschismus und Nationalsozialismus begriffen werden. In diesem Beitrag soll aus einer geschlechterkritischen Perspektive anhand von Erinnerungszeichen – Benennung von Straßen, Plätzen, Parkanlagen und anderen Verkehrsflächen – die ausschließlich Frauen gewidmet sind, untersucht werden, welche Auswirkungen die Erinnerung an Frauen im öffentlichen Raum auf gesellschaftliche Diskurse hat. Dabei wird von einem relationalen Raumverständnis³ ausgegangen, was bedeutet, dass sich Raum nicht nur in seiner Materialität manifestiert, sondern dass er gleichsam durch soziale Prozesse kontinuierlich (re-)produziert wird. Seine Konstruktion unterliegt einer ständigen Wechselwirkung zwischen der physischen und sozialen Dimension. Die baulichen Anordnungen und materiellen Ausprägungen öffentlicher Räume können als Ausdruck von gesellschaftlichen Entwicklungen, Strukturen und somit auch Machtverhältnissen verstanden werden. Gleichzeitig werden gesellschaftliche Hegemonien und Machtstrukturen durch die physische Dimension öffentlicher Räume (re-)produziert.

Ebenso werden Macht- und damit Geschlechterverhältnisse über Geschichtspolitik hergestellt und legitimiert. Geschichte und das Schreiben von Geschichte stellt einen konflikthaften Prozess dar, in dem unterschiedliche Akteur_innen für die Erreichung eines hegemonialen Stellenwerts ihrer Interpretationen und Bedeutungen vergangener Ereignisse kämpfen um darüber einen maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung von Gesellschaft und deren Normen auszuüben. Geschichtspolitik kann demzufolge als diskursive Praxis begriffen werden.⁴

¹ vgl. Rathkolb/ Autengruber/ Nemeč/ Wenninger 2013: 20.

² vgl. Regierungsübereinkommen 2015: 112.

³ in Anlehnung an Henri Lefebvres Theorie der Produktion des Raumes, vgl. Lefebvre 1991 [1974].

⁴ vgl. Meyer 2010; Sandner 2001.

Dahingehend setzt die Analyse von Erinnerungszeichen eine Kontextualisierung ihres Entstehungsprozesses voraus. Bei den untersuchten Erinnerungszeichen lassen sich zwei Narrative erkennen: Der Debatte um die Erinnerung an Frauen liegt einerseits der gesellschaftspolitische Anspruch nach einer Geschlechtergleichstellung zugrunde, der sich in der Forderung nach einer höheren Repräsentation von Frauen im öffentlichen Raum und einer Kritik an dem bisherigen Ungleichgewicht hinsichtlich der Benennung von öffentlichen Verkehrsflächen nach Männern und Frauen ausdrückt. Und andererseits ist die Intention auf Grund der Funktion der Frau, respektive ihrer Leistung und der anerkannten gesellschaftlichen Bedeutung, also ohne dezidierten Fokus auf das Geschlecht, ein ausschlaggebendes Motiv für die Benennung und Errichtung eines Erinnerungszeichens.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Ein Verständnis von Geschichtspolitik, das Erinnerung als Prozess begreift, impliziert die Anerkennung konflikthafter Ausverhandlungs- und Zuschreibungsprozesse und verdeutlicht die Verschränkung von Vergangenheit und Gegenwart. Gleichzeitig stellen öffentliche Räume vielbeanspruchte Handlungsarenen dar, die divergierenden Positionen und Interessen unterliegen. Machtverhältnisse sind beiden Dimensionen immanent. Die Errichtung von Erinnerungszeichen und ihre zugeschriebenen Bedeutungen sind dementsprechend (partei)politischen Instrumentalisierungen ausgesetzt und können die Ausblendung anderer erinnerungspolitischer Aspekte mit sich bringen. Dennoch, der Beitrag möchte das Potential betonen, das ein solches diskursives Verständnis von Raum und Erinnerung in sich birgt; sie sind im Sinne einer emanzipatorischen Politik veränderbar. Raum- und Geschichtspolitik verfügen über Instrumente um gleichstellungspolitische Ziele zu erreichen.

Literatur:

Lefebvre, Henri (1991 [1974]): The Production of Space, Blackwell Publishing, Oxford u.a.

Meyer, Erik (2010): Memory and Politics. In: Astrid Erll/Ansgar Nünning (Hg.): A companion to Cultural Memory Studies, Berlin/New York 2010, 173-180.

Rathkolb, Oliver/ Autengruber, Peter/ Nemeč, Birgit/ Wenninger, Florian (2013): Forschungsprojektendbericht. Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“, erstellt im Auftrag der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7), <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> (zuletzt aufgerufen am 02.02.2016).

Regierungsübereinkommen (2015): Eine Stadt, zweimillionen Chancen. Das rot-grüne Regierungsübereinkommen für ein soziales, weltoffenes und lebenswertes Wien, [https://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsbereinkommen-2015/pdf/regierungsbereinkommen-2015.pdf](https://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsuereinkommen-2015/pdf/regierungsbereinkommen-2015.pdf) (zuletzt aufgerufen am 09.04.2016).

Sandner, Günther (2001): Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30, 1, 5-17.